

Danziger Zeitung.



Nr. 18969.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Basel, 26. Juni. (W. Z.) Im Hochberg-Tunnel fand gestern Abend ein Zusammenstoß eines Personenzuges mit einem Güterzuge statt; ein Conductor und ein Postangestellter wurden dabei ernstlich verwundet, ein Engländer erhielt eine leichte Kopfwunde, mehrere Wagen des Personenzuges, sowie die Maschine des Güterzuges wurden beschädigt. Die Ursache des Zusammenstoßes war das Defectwerden der Maschine des Personenzuges.

Belgrad, 26. Juni. (Privattelegramm.) Die bevorstehende Reise des Königs Alexander nach Paris zu seinem Vater Milan sowie nach Wien ist in Folge der Einwirkung der russischen Diplomatie gänzlich ausgegeben.

Politische Uebersicht.

Danzig, 26. Juni.

Berlepsch und Miquel im Osten.

Wenn die „Arenyng“ unmittelbar vor dem Zusammenritt des Kronraths die Nachricht gebracht hat, derselbe werde sich mit geeigneten Maßregeln zur wirtschaftlichen Hebung der östlichen Provinzen beschäftigen, so scheint sie — abgesehen davon, daß der Kronrath eine ganze Reihe anderer Angelegenheiten zu erledigen hatte — in der Hauptsache das Richtige getroffen zu haben; nur daß es sich zur Zeit noch nicht um unmittelbare praktische Beschlüsse, sondern um vorläufige Erörterungen gehandelt hat, welche den Ministern Miquel und v. Berlepsch bei deren bevorstehenden Rundreise in den östlichen Provinzen gewissermaßen als Wegweiser dienen sollen. Welcher Art die in Erwägung genommenen Maßregeln sind, läßt sich vor der Hand nur errathen. Die Minister werden, wie früher schon verlautet hat und von uns mitgetheilt worden ist, in den ersten Tagen des Juli ihre Reise antreten, die hoffentlich reich an Resultaten ist, als die Rundreise, welche im Herbst des Jahres 1886 Staatsminister v. Bötticher im Osten gemacht hat. Es war das um die Zeit, als namentlich aus den Kreisen der rheinisch-westfälischen Kleinindustrie heraus eine lebhafteste Agitation ins Werk gesetzt wurde, um die Regierung zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland zu bestimmen, der jener Exportindustrie einen Schutz gegen die Verkehrserschwerungen gewähren sollte, die von russischer Seite fast von Jahr zu Jahr ins Werk gesetzt wurden. Staatsminister v. Bötticher nahm in den Handelsplänen des Ostens die Klagen der städtischen Behörden und der Handelskammern mit nie ermüdbender Aufmerksamkeit entgegen und erschöpfte sich in entgegenkommenden Wendungen, die die Hoffnungen der entsprechenden Kreise wach erhalten, gleichzeitig aber der Regierung freie Hand bewahren sollten. Hin und wieder schien sogar der gute Wille, zu helfen, den Minister etwas zu weit fortgerissen zu haben. Bei dem Empfange der Vorleser der Kaufmannschaft in Königsberg sollte der Minister sogar halbwegs bindende Versprechungen gemacht haben. Nach der Rückkehr des Herrn v. Bötticher war zwar hin und wieder noch von Verhandlungen mit Rußland die Rede. Aber dabei hatte es auch sein Verwehen. Die Regierung konnte sich, wie bekannt, nicht einmal entschließen, bei den Verhandlungen im Reichstage über die Aufhebung der Identitätsnachweise bei der Ausfuhr von Getreide eine den Wünschen des Ostens halbwegs entgegenkommende Haltung einzunehmen. Offenbar bestanden damals Hindernisse, welche die Durchführung von geeigneten Maßregeln zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Osten auch dann unmöglich machten, wenn der Stellvertreter des Reichskanzlers sich von der Nothwendigkeit derselben überzeugt hatte.

In dieser Hinsicht hat sich in dem letzten Jahre manches geändert und so könnte die bevorstehende Reise der Herren Miquel und v. Berlepsch ungemein fruchtbarer sein, wenn dieselbe auch vielleicht in der Hauptsache darauf hinausläuft, den landwirtschaftlichen Schutzöllnern Ersatz zu bieten für den angeleglichen Nachtheil, den ihnen die im Handelsvertrage mit Oesterreich stipulirte Herabsetzung der Getreidezölle verursachen soll.

Vielleicht nehmen die Minister auch Veranlassung, sich bei dieser Gelegenheit über die Wirkungen klar zu werden, welche im Anschluß an den Handelsvertrag mit Oesterreich die Einführung eines Differentialzolls für Getreide, d. h. die Beschränkung der Zollermäßigung auf die Einfuhr an der österreichischen Grenze auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Ostprovinzen ausüben müßte. Wenn auch der Vertrag mit Oesterreich eine besügliche Verabredung nicht enthält, so erhält sich nach wie vor die Meinung, daß die Regierung sich von der Einführung eines differentialiellen Zollfußes zu Gunsten des ungarischen Getreides einen günstigen Einfluß auf etwaige Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland verspricht. Ob Rußland sich durch einen solchen Schatz zugunsten lassen würde, steht dahin, für den Handel des Ostens würde die Maßregel jedenfalls nicht eine Verbesserung, sondern eine verhängnißvolle Verschlimmerung der Lage bedeuten.

Eine neue Polenpartei.

Die gemäßigten Elemente unter den Polen schließen sich möglicherweise zusammen und bilden eine neue Partei; wenigstens meint dies, anknüpfend an einen neulichen Artikel des „Dren-

downik“, der „Gonic Wielk.“ Diese Partei würde das Programm der Zukunft aufstellen, welches allerdings von dem bisherigen sehr abweichend sein würde; Vertreter dieses Zukunfts-Programms wäre insbesondere das Herrenhaus-Mitglied Hr. v. Roscielski, ferner der Gymnasiallehrer Chudjinski zu Strasburg, über dessen Broschüre wir vor einiger Zeit berichtet haben, sodann Herr Wycinski. Der „Gonic“ meint: wenn sich die neue Partei: Chudjinski, Wycynski und „Drendownik“ bilde, so werde dies wohl unter der Ägide des Herrn v. Roscielski, als eines der Väter des „Programms der Zukunft“, geschehen.

Jedenfalls mehrten sich unter den Mitgliedern der polnischen Fraction die Streitigkeiten, wofür auch die in unserer gestrigen Abendausgabe erwähnte Censur der Abg. Roscielski und Zajdewski einen sprechenden Beweis bilden. Von Interesse in dieser Richtung ist ferner eine Auslassung des „Drendownik“, welcher bezüglich der polnischen Landtagsfraction ausführt: „Das Ansehen der polnischen Fraction ist geschwächt. Wir Polen haben zwar Abgeordnete in Berlin, wir haben aber keine Fraction mehr. Ein großes Unglück ist das nicht. Unsere Fractionen rekrutiren sich aus den Großgrundbesitzern; nachdem dieselben durch die Anstiehungskommission moralisch gebrochen sind, mußte auch die polnische Fraction sich beschließen und das ist geschehen. Darum aber ist unsere polnische Gemeinschaft noch nicht verloren; der Kern des Mittelstandes und des Volkes ist gesund; dieses wird darüber zur Ordnung und zur täglichen Arbeit übergehen und die Grundlagen seiner Existenz errichten.“

Um wieviel übersteigt die Zahl der Studirenden in Preußen die entsprechende Normalzahl?

Auf diese Frage giebt eine jetzt in zweiter Bearbeitung erschienene, als Manuscript gedruckte „Denkschrift über die dem Bedarf Preußens entsprechende Normalzahl der Studirenden der verschiedenen Facultäten“ von Prof. Dr. W. Lexis eingehende, durch statistisches Material wohl motivirte Antwort. Seit Jahren ist in der Presse auf die Uebelstände hingewiesen worden, welche aus dem Zudrang zu den gelehrten Studien unserem socialen Leben drohen.

Die Resultate der Untersuchung, welche der Verfasser auf Grund der zuverlässigsten amtlichen Quellen über sein Thema angestellt hat, sind im ganzen nicht sehr erfreulich. Ist auch in den letzten Jahren eine nicht geringe Abnahme in den meisten Facultäten zu verzeichnen, so ist doch fast überall immer noch ein großer Ueberschuß über die wirkliche Bedarfszahl vorhanden. Was die evangelischen Theologen betrifft, so kommen in ganz Preußen etwa 350 Stellen zur Erledigung. Um diesen Abgang zu decken, ist die Zahl von etwa 1520 Theologiestudirenden erforderlich. Bis zum Jahre 1880—81 ist diese Zahl nicht erreicht, aber bereits im folgenden Jahre um 50 überschritten. Bis zum Jahre 1887—88 hat dann ein starkes Steigen stattgefunden, in diesem Jahre betrug der Ueberschuß schon 1193; von da ab trat ein Sinken ein, aber im Jahre 1890 war doch ein Ueberschuß von 1131 vorhanden. Günstiger gestalten sich die Aussichten der Studirenden der katholischen Theologie. Trozdem die Zahl der katholischen Theologen seit 1881—82 stets gewachsen ist, so bleibt für das Jahr 1890 die wirkliche Zahl hinter der Normalzahl um 60 zurück.

Bei den Juristen hatte die Zahl der Studirenden im Jahre 1880—81 eine bedenkliche Höhe erreicht (3103, Ueberschuß 1023), die jedoch in den folgenden Jahren sich wieder verminderte, aber 1890 wieder erheblich stieg (3090, Ueberschuß 1010). Der Verfasser macht dazu die Bemerkung, daß in Folge der langen Wartezeit immer mehr junge Männer in die Rechtsanwaltschaft gedrängt werden,

„in der sie dann den Kampf um das Dasein unter stets ungünstiger werdenden Bedingungen aufnehmen müssen. So entleert die Gefahr, daß ganze Schichten dieses wichtigen Berufsstandes der Proletarisirung verfallen, oder daß zahlreiche verfehlte Existenzen aus ihnen hervorgehen, die mit dem bitteren Gefühl, daß sie vielleicht ohne alle eigene Schuld, nur wegen mangelnder Mittel aus der viele Jahre lang vergebens verfolgten Laufbahn verdrängt seien, die Schaar der Unzufriedenen und Enterbten vermehren.“

Bei den Medicinern liegen die Verhältnisse am allernüchternsten. Während die Normalzahl der Studirenden 3225 beträgt, studirten im Jahre 1890 tatsächlich 5212 junge Männer Medicin, der Ueberschuß betrug also 1987. Ein geringer Ueberschuß zeigt sich bei den Philologen (einschließlich der Historiker). Der Normalzahl 1220 steht die wirkliche Zahl von 1279 im Jahre 1890 gegenüber, also ein Ueberschuß von 79. Etwas ungünstiger steht es um die Mathematiker (einschließlich der Lehrer der Naturwissenschaften). Auf die Normalzahl 480 kamen im Jahre als wirkliche Zahl 573 Studirende dieser Fächer, es ergab sich also ein Ueberschuß von 93.

Die hier mitgetheilten Zahlen verdienen wohl in den weitesten Kreisen Beachtung zu werden.

Reform des Markenschutzwesens.

Nachdem unsere Patent- und Musterrechtsgesetzgebung durch die in der letzten Reichstagsstagung angenommenen darauf bezüglichen Gesetze in einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Weise umgestaltet worden ist, und durch die dem Bundesrathe gegenwärtig vorliegenden Ausführungsvorschriften der letzte Schritt zu der für den 1. October d. J. vorgesehnen Inkraftsetzung beider Gesetze gethan ist, bleibt auf dem Gebiete des gewerblichen Eigenthumsrechtes noch die Reform des Markenschutzwesens zu erledigen. Unser Markenschutzgesetz ist älter als die Patent- und Musterrechtsgesetze, es datirt vom 30. November 1874. Einzelne Bestimmungen desselben haben schon häufig zu Klagen Anlaß gegeben. Manche

der letzteren glaubte man durch eine im Auftrage des Reichsamts des Innern herausgegebene Nachweisung der geschützten Waarenzeichen, welche seit 1887 regelmäßig alle Jahre erscheint, abhelfen zu können. Jedoch wurde wiederholt auch in den letzten Reichstagsessionen auf Abänderung verschiedener Vorschriften gedrungen. Namentlich wird es von den Besitzern renommirter Waarenzeichen als drückend empfunden und läßt sich auch vom allgemeinen Standpunkte kaum rechtfertigen, daß durch das Markenschutzgesetz die Richter veranlaßt werden, gegen die Nachahmer von Zeichen dann nicht einzuschreiten, wenn bei Anwendung von einiger Aufmerksamkeit ein Unterschied zwischen dem Original und der Nachahmung festzustellen ist. Auch andere Vorschriften bedürfen der Abänderung. Ihnen ähnliche im Patentgesetze haben sie bereits gefunden. Schon vor einiger Zeit verlautete, daß Erhebungen in der Frage der Markenschutzreform angestellt wären. Man dürfte in der Annahme wohl nicht fehlgehen, daß auch der letzte Schritt zur Reform des gewerblichen Eigenthumsrechtes bald gethan werden wird.

Arbeitsinspektionen im Nebenamte.

Der Cultusminister hat durch einen Erlaß sämtliche königliche Regierungen ermächtigt, in Zukunft bei Erledigungsfällen über die einseitige Vertretung sowohl als auch über die ordnungsgemäße Wiederbesetzung von Arbeitsinspektionen im Nebenamte gegen Gewährung der in jedem Einzelfalle mit Rücksicht auf Dienstunkosten ausgehenden Remuneration selbstständig zu befinden. Auch über die Verwendung von Ersparnissen an Remunerationen erledigter Stellen zu Gunsten nebenamtlich verwaltender Schulinspectoren der Kreis- und Ortsaufsicht sollen die königl. Regierungen nach eigenem Ermessen verfügen können. Der Minister hat in dem Erlaße dem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß die königlichen Regierungen nach wie vor bei Auswahl von Personen für die nebenamtliche Wahrnehmung der Arbeitsinspektion auf das sorgfältigste zu Werke gehen und nur solche Männer mit den Geschäften beauftragen werden, hinsichtlich deren Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit kein Zweifel obwaltet, und von deren bewährter Kenntniß des Volksschulwesens eine rege Förderung der Volksschulinteressen zu erwarten steht.

Der Westpostcongrès in Wien.

geht seinem Abschlusse entgegen. In der gestrigen Plenarsitzung beantragte der französische General-director de Selves die Wahl Washingtons als nächsten Congreßort, was unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen wurde. Der nordamerikanische Delegirte Potter erklärte auf eine Anfrage des Sectionschefs Debraut, er sei ermächtigt, den Congreß nach Washington einzuladen, und danke für die einstimmige Annahme. — Der materielle Berathungsstoff des Congresses ist damit erschöpft, es erübrigen nur noch redactionelle Arbeiten und die Abfassung des Schlußprotokolls, nach dessen vorläufiger in den ersten Julitagen erfolgender Unterzeichnung der Wiener Congreß formell geschlossen wird.

Interpellation über Münchenstein.

In Beantwortung der im Berner Nationalrath eingebrachten Interpellation Baldinger betreffend das Eisenbahnunglück erklärte Bundes-Präsident Wetti, daß sofort nach der Katastrophe das Nöthige angeordnet worden sei, und daß Oberst Dumur die Aufräumungsarbeiten zielbewußt, sicher und mit Erfolg geleitet habe; es gefehle auch das Erforderliche behufs Feststellung der Ursachen des Einsturzes; die Untersuchung anderer Brücken habe bis jetzt zu Befürchtungen Anlaß nicht gegeben; verschiedene Gerüchte — darunter auch das von der Weigerung eines Locomotivführers, die Brücke zu besahren — hätten sich als unbegründet herausgestellt; es sei zu erwarten, daß mit der Zeit eine ruhigere Beurtheilung des nationalen Unglücks Platz greifen werde.

Ministerkrisis in Holland.

In den politischen Kreisen Amsterdams glaubt man, daß das Ergebnis der Wahlen für die zweite Kammer, durch welche bekanntlich den Liberalen die Majorität zugefallen ist, den Rücktritt des Ministeriums herbeiführen werde. Indes dürfte eine eventuelle Demission des Cabinets oder dessen theilweise Erneuerung noch einige Zeit hinausgeschoben werden, jedenfalls aber vor Schluß der jetzigen Legislaturperiode im September erfolgen.

Bulgarische Stimmen über den Empfang des Fürsten Ferdinand beim Kaiser von Oesterreich.

Die Nachricht vom Empfange des Fürsten Ferdinand durch den Kaiser Franz Josef von Oesterreich hat in Sofia überall einen ausgezeichneten Eindruck hervorgerufen. Man überschätzt zwar durchaus nicht die Bedeutung dieses Vorgangs, da man keinen der für die Würdigung desselben in Betracht kommenden Umstände übersehen, weder das Verwandtschaftsverhältniß des Fürsten zu dem Kaiser, noch die Thatsache, daß der Fürst als Graf v. Murany und nicht in seiner Eigenschaft als Fürst von Bulgarien empfangen worden ist, und sich auch des Umstandes erinnert, daß seit dem Regierungsantritte des Fürsten anlässlich früherer Durchreisen desselben durch Wien eine Begegnung mit dem Kaiser in Folge der Abwesenheit des Kaisers von der Reichshauptstadt nicht stattfinden konnte. Nichtsdestoweniger weckte hier der Besuch des Fürsten beim Kaiser lebhafteste Genugthuung, um so mehr, als der Empfang, den aus Wien eingelangten Berichten zufolge, einen sehr herzlichen Charakter trug, was übrigens schon aus dem Umstande

hervorgeht, daß Fürst Ferdinand bei dem Kaiser nicht, wie die Wiener Blätter gemeldet haben, zehn Minuten, sondern drei Viertel Stunden verweilt hat.

Es verdient verzeichnet zu werden, daß die politische Reise der bulgarischen Presse auch bei diesem Anlasse zu Tage getreten ist. Sie hat das in Rede stehende Ereigniß freudig begrüßt und in ihren Aeußerungen ebenso viel Tact als Verständniß bekundet, indem sie einerseits jede übertriebene Schlussfolgerung vermieden, andererseits aber die mittelbare politische Bedeutung, welche dem Besuche des Fürsten beim Kaiser zukommt, richtig zu würdigen gewußt hat.

Erregung der Griechen gegen Bulgarien.

Ein aus Athen uns zugehender Bericht constatirt, daß die Erregung der Griechen gegen Bulgarien, welche sich in der jüngsten Zeit wieder stärker bemerkbar machte, noch immer ungeschwächt andauere. In Folge der Eifersucht, mit welcher die Griechen alle Bulgarien betreffenden Vorgänge, insbesondere Erfolge desselben beobachten, habe die Nachricht, daß die Entscheidung der gemischten Commission in Angelegenheit der angeblichen Grenzverletzung im Rhodope-Gebirge zu Gunsten Bulgariens ausgefallen sei, der erwähnten Stimmung neue Nahrung zugeführt. Troz dieser Erscheinungen lasse man aber in den diplomatischen Kreisen Athens, da es an greifbaren Anlässen für eine Verstimmung der Griechen gegen Bulgarien fehlt und eine solche auch durch den Ausgang der unbedeutenden Rhodope-Affäre durchaus nicht motivirt erscheinen kann, die Hoffnung nicht fallen, daß in Athen in dieser Richtung bald eine ruhigere Auffassung Platz greifen werde.

Militärvorlagen in Rumänien.

Eine Meldung der „Post. Correspond.“ aus Bukarest kündigt eine Creditvorlage seitens des Kriegsministers im Betrage von 9 Millionen für Kasernenbauten an; ferner würde der Gesandtenwurf betreffend die Neuorganisation der Infanterie, welcher behufs Umarbeitung jurischgezogen worden war, in der Herbstsession wieder vorgelegt werden.

Deutschland.

* Berlin, 25. Juni. Zum Besuch des Kaisers Wilhelm in England wird von heute aus London telegraphirt: Der oberste Befehlshaber der englischen Armee, der Herzog von Cambridge, hat gestern Befehl erlassen, daß eine Truppenrevue in Gegenwart des Kaisers am 11. Juli zu Wimbledon stattfinden soll. An derselben würden Theil nehmen 20 000 Mann aller Truppengattungen und ein großer Theil der Freiwilligen Condons. Die Königin werde von dem Prinzen von Wales und den übrigen Mitgliedern der königlichen Familie begleitet sein. Die „City-Press“ bemerkt, es sei wahrscheinlich, daß sämtliche Mitglieder der königlichen Familie, mit Ausnahme des Prinzen Georg von Wales, welcher zur Zeit abwesend ist, dem Kaiser nach Guildhall begleiten werden. Sir Edward Malet und Oberst Ruffel, der Militärattaché in Berlin, sind ausersehen, den Kaiser zu begleiten und das Auswärtige Amt während des Aufenthalts des Kaisers zu vertreten.

Im Unterhause theilte heute der erste Lord der Admiralität Lord Hamilton mit, der Kaiser werde wahrscheinlich die Marineausstellung am Sonntag, den 12. Juli, und zwar nur privatim, besuchen.

* [Kaiser Friedrich als Freimaurer.] Aus Straßburg vom 22. Juni schreibt man der „Fr. Ztg.“: Gestern wurde in der hiesigen Freimaurerloge „Zum neuen Stern“ eine Gedenktafel aus weißem Marmor mit folgender Inschrift eingeweiht: „Br. Kaiser Friedrich III. arbeitete hier als Kronprinz in Vertretung unseres erhabenen Protectors, des Br. Kaiser Wilhelm I., zum letzten Male als Freimaurer am 12. September 1886 und ermahnte scheidend die Brüder Gewissensfreiheit mit Duldung fleißig zu üben.“

* [Der Rhein der Kaiserin.] Prinz Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, vermählt mit Helene, Prinzessin von Großbritannien und Irland, feiert am 5. Juli d. J. seine silberne Hochzeit. Prinz Christian ist preussischer General der Cavallerie, à la suite des 3. Garde-Infanterieregiments. Aus diesem Anlaß begiebt sich am 30. Juni eine Deputation des genannten Regiments nach England, um dem prinziplichen Paar die Glückwünsche des Regiments darzubringen.

* [Das Befinden des Abgeordneten Berger] hat sich nach dem „Märk. Sprecher“ in der letzten Zeit erheblich gebessert, so daß derselbe wieder den größten Theil des Tages außerhalb des Bettes zubringen und im Zimmer umhergehen kann.

* [Kämpfer von 1866 im Ministerium.] Angehts des 25jährigen Jubiläums der Tage von 1866 mag es von Interesse sein, sich daran zu erinnern, wie viel von den gegenwärtigen Ministern an den kriegerischen Ereignissen jener Tage theilhaftig waren. Abgesehen von Herrn v. Caprivi und Herrn v. Falkenhayn-Stachau haben die Minister Graf Jellich und v. Seyden an dem Feldzuge in Böhmen Theil genommen. Graf Jellich hat den Rothen Adlerorden mit Schwertern, Herr v. Seyden, welcher in einem der Cavallerieregimente nach Königgrätz sich persönlich auszeichnen Gelegenheit hatte, die Militärdienstauszeichnung erhalten. Auch der Staatssecretär Frhr. v. Maschahn hat den böhmischen Feldzug in dem Kürassier-Regiment Königin mitgemacht, seine schwere Verwundung rührt aber erst aus dem Arzge von 1870/71 her. Der Staatsminister Frhr. Lucius v. Ballhausen nahm als Landwehr-Offizier im 6. Kürassier-Regiment an dem böhmischen Feldzuge Theil.

* [Verjuchswaffe Kriegsbereitschaft.] Dem letzten Connabend an war das 1. Garde-Infanterieregiment zu Potsdam nach der „Post“ verjuchswaffe

